

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Medizinische Versorgung für Kinder und Jugendliche gewährleisten – Kinder- und Jugendklinik an der Universitätsmedizin Rostock unverzüglich unterstützen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Kinder- und Jugendklinik an der Universitätsmedizin Rostock klagt insbesondere seit dem letzten Jahr über Personalmangel und dessen Auswirkungen auf die Qualität der Versorgung von jungen Patientinnen und Patienten. Bereits damals wurde mittels eines offenen Briefes des Klinikpersonals auf die angespannte Situation an der Klinik aufmerksam gemacht. Die Politik hat daraufhin ausdrücklich betont, alles zu unternehmen, um den Versorgungsauftrag der Klinik für die Kinder und Jugendlichen in Rostock und Umgebung als Maximalversorger zu gewährleisten. Dennoch steht die Kinderklinik Rostock erneut vor erheblichen Personalproblemen. Zum 1. Oktober verlassen, einem Bericht der Ostseezeitung zufolge, sechs weitere Mediziner die Pädiatrie. Erst im Jahr 2023 sei neues ärztliches Personal angekündigt. Dies wird sich zwangsläufig negativ auf die Versorgung der Patientinnen und Patienten, aber auch auf die Belastung des verbleibenden Klinikpersonals auswirken. Die medizinische Versorgung im Fachbereich Kinder- und Jugendmedizin in Mecklenburg-Vorpommern ist akut bedroht.
2. Die medizinische Versorgung unserer Kinder und Jugendlichen im Land genießt höchste Priorität. Personal- und Versorgungsengpässe dürfen in diesem Bereich idealerweise gar nicht erst entstehen und müssen, sofern eingetreten, unverzüglich beseitigt werden. Ein weiteres Abwarten und Hinauszögern bis zum Jahr 2023 würde die medizinische Versorgungssicherheit der Kinder und Jugendlichen nur unnötig gefährden und ist nicht hinnehmbar.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. unverzüglich Maßnahmen zur Personalgewinnung an der Kinder- und Jugendklinik der Universitätsmedizin Rostock zu ergreifen, die medizinische Versorgung von Kindern und Jugendlichen in Rostock und Umgebung sicherzustellen und so dem Auftrag als Maximalversorger in Mecklenburg-Vorpommern gerecht zu werden. Dem zuständigen Ausschuss ist über die Maßnahmen bis zum 01.11.2022 zu berichten.
2. die medizinische Versorgungssicherheit auf dem fachlich erforderlichen Standard für die Kinder und Jugendlichen in der Umgebung kurzfristig sicherzustellen. Dies muss notfalls durch den Einsatz unterstützenden Personals aus anderen Kinder- und Jugendkliniken des Landes, Einbindung niedergelassener Ärzte oder sonstiger Maßnahmen erfolgen. Dem zuständigen Ausschuss ist bis zum 01.11.2022 Bericht zu erstatten.



Franz-Robert Liskow und Fraktion

Begründung:

Das Universitätsklinikum Rostock ist ein Krankenhaus mit dem Auftrag eines Maximalversorgers. Diese halten ein umfassendes und differenziertes Leistungsangebot vor. Dies gilt selbstverständlich auch für die Kinder- und Jugendmedizin.

Nach Aussage des Berufsverbandes der Kinder- und Jugendärzte in Mecklenburg-Vorpommern wird die Kinder- und Jugendmedizin der Universitätsmedizin Rostock diesem Auftrag derzeit bei weitem nicht mehr gerecht. Nachdem im letzten Jahr bereits zehn Fachärzte das Krankenhaus verließen und effektiv nur drei Neueinstellungen erfolgen konnten, sollen nun erneut sechs Fachärzte die Klinik verlassen, darunter die Direktorin der Klinik. Nach Aussage von Kinderärzten sei mit dem verbleibenden Personal weder im Normalbetrieb, noch bei Notfällen der erforderliche fachliche Standard sowie die Sicherheit der Patienten gewährleistet.

Aufgrund der nunmehr bereits über einem Jahr andauernden Probleme bei der Personalausstattung der Kinder- und Jugendmedizin genügt die Bereitstellung von zusätzlichen Finanzmitteln alleine offensichtlich nicht, um dem Problem zu begegnen. Da neues Personal erst für das Jahr 2023 angekündigt ist, bedeutet dies effektiv für mehrere Monate eine deutliche Verschlechterung der medizinischen Versorgung für die jungen Patienten und Patientinnen in Rostock und Umgebung und aufgrund des Maximalversorgungsauftrages der Kinder- und Jugendklinik sogar für ganz Mecklenburg-Vorpommern. Die Landesregierung sollte nunmehr unverzüglich reagieren und sowohl Personalrekrutierungsmaßnahmen vorantreiben, als auch Maßnahmen in die Wege leiten, die die medizinische Versorgungssicherheit nicht nur zeitweise sicherstellen.